

Mainz, 24.01.2014

Antrag **0593/2013/1 zur Sitzung Stadtrat am 17.04.2013**

Sicherung der Finanzierung der Schulsozialarbeit (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Die Antrag stellenden Stadtratsfraktionen begrüßen die Vorlage der Verwaltung, der zufolge die Schulsozialarbeit an Grundschulen und Förderschulen bis Ende 2014 in der bisherigen Form fortgesetzt werden kann – zusätzlich zu der Schulsozialarbeit an Realschule plus, Integrierten Gesamtschulen und Berufsschulen.

Die bisherigen Berichte zeigen, dass diese Arbeit erfolgreich ist, präventiv wirkt und teure Folgemaßnahmen im Bereich Familienhilfe und Jugendhilfe vermeiden hilft. Eine detaillierte Evaluation wird die Verwaltung wie angekündigt vorlegen.

Bund, Länder und Gemeinden müssen sicherstellen, dass die Schulsozialarbeit zu einer gesicherten Daueraufgabe wird. Dafür ist es insbesondere wichtig, dass die für 2011 bis 2013 bereitgestellten Bundesmittel für Schulsozialarbeit entfristet werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen im Zuge der Finanzkrise gerecht zu werden und junge Menschen dabei zu unterstützen, Perspektiven für ihr Leben zu entwickeln.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten in Verhandlungen mit Land und Bund, auch im Rahmen der Beteiligung der Stadt Mainz an den kommunalen Spitzenverbänden, zu erreichen, dass die bisher verfügbaren Mittel für die Schulsozialarbeit auch nach 2013 bzw. nach 2014 bereitgestellt werden.
2. Der Mainzer Stadtrat begrüßt den Vorstoß des Landes Rheinland-Pfalz, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit mit Bundesmitteln als Aufgabe zur sozialstaatlichen Ausgestaltung des schulischen Bildungsauftrags zu schaffen.

Dr. Eckart Lensch, SPD-Fraktionsvorsitzender

Ansgar Helm-Becker, Fraktionssprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Walter Koppius, FDP-Fraktionsvorsitzender